

Gabriele Vogt*

Zyklen eines Protests: Okinawa seit 1995

Gliederung:

- 1 Einleitung
- 2 Phase der Mobilisierung
 - 2.1 Konflikt und Diffusion
 - 2.2 Repertoires und Orientierungsrahmen
 - 2.3 Kommunikation und Interaktion
- 3 Phase der Demobilisierung
 - 3.1 Erschöpfung und Polarisierung
 - 3.2 Gewalt und Institutionalisierung
 - 3.3 Zugeständnisse und Unterdrückung
- 4 Transnationalisierung als Chance?
Literaturverzeichnis

1 Einleitung

Sucht man derzeit in japanischen Tageszeitungen nach Meldungen aus der Präfektur Okinawa, so liest man vom gefährdeten Überleben der lokalen Schildkröten, von Tauchern, die im Sog einer ungewöhnlich starken Strömung viel zu weit weggetrieben wurden, von einem Busunternehmen, das Konkurs angemeldet hat, von Reisegruppen aus Taiwan, die nach überstandener SARS-Krise wieder nach Okinawa reisen, und auch von der Zufriedenheit der Verkäufer von Ventilatoren und Klimaanlage in diesem rekordverdächtig heißen Sommer. Was aber ist aus den Topschlagzeilen der vergangenen Jahre geworden? Wo sind die Massen, die noch vor kurzem in Okinawa gegen ein Andauern der dortigen Stationierung von US-Soldaten protestierten? Warum hat sich diese soziale Bewegung Okinawas (Vogt 2003) scheinbar in Luft aufgelöst, wo doch die Ziele, für die sie stritt, noch lange nicht erreicht sind? Tarrow (1998) liefert mit seinem Modell der Zyklen von Protesten (*cycles of protest*) bzw. Spannungen (*cycles of contention*) einen Erklärungsansatz für das – so scheint es – unweigerliche Auf und Ab der Popularität und Wirksamkeit einer jeden sozialen Bewegung. Anhand dieses Modells sollen im Folgenden Mobilisierung und Demobilisierung der gegen die von den Regierungen der USA und Japans unterstützte Stationierungspolitik von US-Soldaten in Okinawa gerichteten sozialen Bewegung dieser Präfektur seit 1995 nachgezeichnet werden. Es wird dabei argumentiert, dass sich die Protestbewegung

Okinawas zwar zunächst, d.h. bis etwa zum Jahr 2000, meist an dieses zyklische Modell anpasste, dann allerdings durch eine Transnationalisierung der Bewegung aus dem Zyklus ausbrechen konnte, d.h. die Phase der Demobilisierung zumindest bremsen konnte. Zwar verfügt die Bewegung gegenwärtig nicht mehr über die Unterstützung breiter Massen, auch in den japanischen Medien ist sie kaum präsent, doch sind ihre Akteure keinesfalls untätig.

2 Phase der Mobilisierung

Die Phase der Mobilisierung von sozialen Bewegungen wird von drei Stufen geprägt. Zu Beginn steht das Entstehen eines z.B. politischen oder sozialen Konflikts sowie dessen Perzeption durch engagierte Akteure. Erste Aktivitäten dieser „*early risers*“ (Tarrow 1998:144) führen zur Diffusion des Konfliktbewusstseins und Ausbreitung des Protests in breitere Gesellschaftsschichten. Durch ein großes Repertoire an Aktivitäten stärkt die junge soziale Bewegung ihren Platz in der Gesellschaft. Die Übereinkunft über grundlegende Orientierungsrahmen festigt die innere Kohärenz der Bewegung. Verstärkte Kommunikation und Interaktion zwischen den Akteuren schließlich sind Charakteristika für die Hochphase des Engagements der sozialen Bewegung, d.h. für die Zeit des zugespitzten Konflikts (Tarrow 1998:144-147).

2.1 Konflikt und Diffusion

Spannungen ob der Rolle Okinawas innerhalb des japanischen Staates prägten das Jahr 1995 in der Inselpräfektur. Im Februar wurde der *Nye Report* (United States Department of Defense 1995) veröffentlicht, der ein Festhalten am Status quo der Stationierung von US-Soldaten in Okinawa bis zumindest 2015 ankündigte. Den Sommer über wurden in ganz Japan Feierlichkeiten aus Anlass des fünfzigsten Jahrestags des Kriegsendes abgehalten. In Okinawa stellte man sich erneut die Frage nach der eigenen Position bei der Friedenssicherung: 20% der Inselfläche werden vom US-Militär genutzt, Umweltverschmutzungen und eine hohe Kriminalitätsrate der US-Soldaten gehören seit Kriegsende zum Alltag (Arasaki 2000:112-113; Hook und McCormack 2001:25; Ôta 1996b). Schließlich wurde am 4. September 1995 eine zwölfjährige Schülerin von drei US-Soldaten vergewaltigt. Ähnlich wie bereits 1955, als eine Sechsjährige Opfer einer Vergewaltigung durch US-Soldaten wurde, goss auch dieser Fall Öl in das schwelende Feuer des Protestes gegen ein Fortdauern der gegebenen Stationierungspolitik von US-Soldaten in Okinawa (Ôta 1996a:6). Unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung Okinawas, z.B. Landbesitzer, Umweltschützer, Studenten und Lehrer, schlossen sich in den folgenden Wochen zu einer von der Frauenbewegung um Suzuyo Takazato und Keiko Itokazu initiierten präfekturweiten sozialen Bewegung gegen die Militärpräsenz und für ein friedliches Okinawa zusammen. Takazato und ihre Mitstreiterinnen waren wenige Tage zuvor, nachdem die Vergewaltigung bekannt geworden war, von der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking zurückgekehrt, wo sie u.a. einen Workshop zu militärischer Gewalt gegen Frauen in Okinawa geleitet hatten. Konfrontiert mit dem Ver-

brechen in der Heimat organisierten die Aktivistinnen für den 23.09.1995 eine Demonstration, die sie *Rally of Okinawan women, children, and islanders against military violence* nannten (Bowen Francis 1999:190 und Takazato 10.11.1999). Die Anliegen der Aktivistinnen fanden in vielen Teilen der Gesellschaft Zustimmung. Auch äußerten immer mehr Gruppen ihren persönlichen Unmut über die vorherrschende Stationierungspolitik. Der Protest gegen die fortdauernde Stationierung von US-Soldaten in Okinawa, der sich sowohl gegen das US-Militär selbst, aber auch gegen die diese Politik unterstützende nationale Regierung Japans wandte, weitete sich zu einer die ganze Präfektur vereinnahmenden sozialen Bewegung aus. Etwa einen Monat später, am 21.10.1995, versammelten sich, einem Aufruf der Frauenbewegung sowie weiterer Interessengruppen und der Präfekturregierung folgend, etwa 85.000 Menschen im Kaihin Park, der in unmittelbarer Nähe des US-Stützpunktes Futenma in Ginowan gelegen ist. Diese Versammlung war die größte Protestkundgebung seit der Rückgliederung Okinawas an Japan 1972 (*Okinawa mondai henshū inkaï* 1996:190, *Süd-deutsche Zeitung*, 23.10.1995:10). Bürger, Vertreter aller großen politischen Parteien und Verbände Okinawas sowie auch Gouverneur Ôta Masahide forderten eine signifikante Reform des inner-japanischen *Burden Sharings* der auf Artikel 6 des zwischen Japan und den USA geschlossenen bilateralen Sicherheitsvertrages beruhenden Stationierung von US-Soldaten in Japan. Ôtas Anliegen war die gerechte Aufteilung von Last und Gunst:

Many people in Okinawa do not wish to transfer their sufferings to others. However, if the Mutual Security Treaty is important for Japan, they believe that responsibility and burdens under the treaty should be assumed by all citizens. If not, many of my people point out that the outcome is discriminatory and goes counter to [the principle of] equality under the law (Ôta 1999:212).

Auch der spätere LDP-Gouverneur von Okinawa, Inamine Keiichi, 1995 noch Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Okinawas, sprach sich für eine Neustrukturierung und Verkleinerung der US-Militärstützpunkte in Okinawa aus. Der Konsens in der Frage der Stützpunkte umfasste zu diesem Zeitpunkt das gesamte politische Spektrum der Inselpräfektur. Die Diffusion nicht nur des Bewusstseins um den existenten Konflikt, sondern auch einer einvernehmlichen Protesthaltung gegenüber der japanischen sowie der US-Regierung hinsichtlich des Konflikts hatte Ende Oktober 1995 bereits weite Teile der Bevölkerung sowie die Kreise der Entscheidungsträger der Präfektur erreicht. Die erste Phase der Mobilisierung der sozialen Bewegung Okinawas gegen den Status quo der Stationierungspolitik war damit abgeschlossen.

2.2 Repertoires und Orientierungsrahmen

Das Repertoire der folgenden Aktionen dieser sozialen Bewegung war von großer Bandbreite: Die Demonstrationen setzten sich in verschiedenen Teilen der Präfektur fort, Sitzstreiks vor dem Präfekturparlament in Naha sollten die Abgeordneten immer wieder auf die Dringlichkeit der Anliegen der Bewegung aufmerksam machen. Auch die Medien, „as a method of mobilizing public opinion“ (Dal-

ton, Kuechler und Bürklin 1990:15), wurden gezielt eingesetzt, um die Thematik des Protestes weiter zu verbreiten. Journalisten der beiden lokalen Tageszeitungen, der *Okinawa Times* und der *Ryûkyû Shimpô*, wurden – zur Garantie einer ausführlichen sowie tendenziell positiven Berichterstattung (Groth 1996:223-230) – über geplante Aktionen sorgsam auf dem Laufenden gehalten. Per E-Mail-Listen und Internetkampagnen gelang es, Informationen über die Ziele der Bewegung ungefiltert zu verbreiten, Unterstützer zu mobilisieren, Aktionen zu koordinieren sowie Spenden für die Bewegung zu sammeln. Internationale Medien wurden ebenfalls als Forum für die Protestbewegung Okinawas genutzt. So gestalteten z.B. Vertreterinnen verschiedener japanischer Frauengruppen eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times* (26.01.1996), die zweisprachig, in Englisch und Japanisch, auf die Anliegen der pazifistischen Frauenvereinigungen Japans, insbesondere auf den Protest in Okinawa, hinwies. Im September 1996 sowie im Dezember 1997 wurden ferner in der Präfektur Okinawa bzw. in der Stadt Naha mit Unterstützung der Präfekturregierung Referenden zur Zukunft des US-Militärs in Okinawa abgehalten. Beide Male sprach sich die befragte Bevölkerung für grundlegende Reformen an der Stationierungspolitik aus: Im Fall des präfekturweiten Referendums votierten 91% der Bevölkerung für eine Neudefinition des US-Japan Status of Forces Agreement (SOFA) sowie die Reduzierung der US-Militärstützpunkte innerhalb der Präfektur (*Mainichi Shimbun*, 09.09.1996). Im Nago-Referendum stimmten 53% gegen den Bau des Heliports, einer der Küste Henokos vorgelagerten Militärbasis (*Asahi Shimbun*, 22.12.1997). Die Ergebnisse der beiden Referenden blieben jedoch aufgrund der schwachen rechtlichen Verankerung des Instruments der direkten Demokratie in Japan ohne realpolitische Konsequenzen. Kapitel 5 (Artikel 74-88) des *Chihô Jichi-hô* (Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung) besagt u.a., dass den Ergebnissen von Referenden ein rechtlich nichtbindender Charakter zukommt, d.h. sie müssen von politischen Entscheidungsträgern lediglich zur Kenntnis genommen, nicht aber umgesetzt werden. Dennoch sollte der Einsatz des direktdemokratischen Instruments v.a. in Japan nicht unterschätzt werden: Es führt generell zu einer verstärkt responsiven Haltung der politischen Elite sowie zu einem lebhafteren öffentlichen Diskurs über das entsprechend strittige Thema (Vogt 2001:325-327). Die Ergebnisse der beiden Referenden sowie zahlreicher „Probeabstimmungen“, die jeweils in ihrem Vorfeld stattgefunden hatten, galten der Präfekturregierung Okinawas als Orientierungsrahmen ihres Handelns. Gouverneur Ôta konnte sich beim Blick auf diese Ergebnisse gewiss sein, dass eine Mehrheit der Präfekturbevölkerung seinen im Herbst 1995 angekündigten konfrontativen Kurs gegenüber der nationalen Regierung Japans mittragen würde. Ôta hatte sich bereits nach der Veröffentlichung des *Nye Reports*, wie er in einem Gespräch mit der Autorin betonte (Ôta 09.11.1999) – dazu entschlossen, seine Unterschrift auf die Verträge zu verweigern. Damit hätten die turnusmäßig auslaufenden Verträge, die Ländereien Okinawas in einem mehrstufigen System an die nationale Regierung Japans zur Weitergabe an das US-Militär verpachten, verlängern werden sollen. Er verkündete diese Entscheidung am 28.09.1995 und löste damit harsche Gegenreaktionen aus Tokyo aus,

die nach einigen erfolglos verlaufenen Gesprächen zwischen Ôta und Ministerpräsident Murayama bzw. später Hashimoto in einem gegen den Gouverneur angestrebten Gerichtsverfahren kulminierten (*Okinawa mondai henshû iinkai* 1996:49). Ôta wurde in allen Instanzen, vom Obersten Gerichtshof schließlich am 28.08.1996, dazu verurteilt, seine Unterschrift auf die Pachtverträge zu leisten. Seine Bemühungen waren zwar nicht von realpolitischem, so doch von ideellem Erfolg gekrönt. Die Position Ôtas im Streit mit der Zentralregierung, symbolisiert u.a. in dem Gerichtsverfahren gegen ihn, war innerhalb des Protestzyklus der sozialen Bewegung Okinawas eines der Kernelemente, die kreierte, was Tarrow (1998:146) „ideologies to justify and dignify collective action“ nennt. Dem rein politischen Konsens, der die Akteure der sozialen Bewegung verband, wurde durch das Handeln Ôtas eine zusätzliche Ebene, die der ideologisch gerechtfertigten und gewürdigten kollektiven Aktion, letztlich also der kollektiven Identität der Akteure, beigefügt. Es war jedoch gerade diese Ebene der kollektiven Identität der Akteure, die in der nächsten Stufe des Protestzyklus zur nach und nach konfliktreicheren Interaktion zwischen den Akteuren der sozialen Bewegung führte.

2.3 Kommunikation und Interaktion

Phasen gesteigerter Spannung bzw. wachsenden Protestes führen zu verstärkter Kommunikation sowie intensivierter Interaktion zwischen den Akteuren einer Bewegung (Tarrow 1998:146-147). Oft kommt es bereits in dieser Phase des Zyklus ob des Dissenses bezüglich einzelner Themen des Engagements oder Methoden der Agitation zum Aufbrechen der Koalitionen zwischen den Trägern von sozialen Bewegungen. Insbesondere solche Bewegungen mit äußerst divergenter Trägerschaft, etwa „coalition[s] of Lodenmantel and parka“ (Dalton, Kuechler und Bürklin 1990:13), sind diesem Risiko ausgesetzt. Die Protestbewegung Okinawas muss hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Unterstützer zweifellos als divergent klassifiziert werden. Allerdings zeigte sie sich in den ersten Jahren ihres Bestehens nichtsdestotrotz sehr geschlossen. Einen ersten Bruch zwischen den Akteuren – einen, der letztlich bis heute nicht mehr zu kitten war – lösten Anfang 1998 Diskussionen um die wirtschaftliche Entwicklung der Präfektur aus. Die ökonomische Struktur Okinawas fußt auf drei Faktoren: *kôkyo kôji*, den öffentlich subventionierten Arbeitsplätzen, v.a. in der Bauindustrie, *kankô*, den Einnahmen aus der Tourismusbranche, sowie *kichi keizai*, den Einnahmen aus der so genannten Stützpunktwirtschaft. Sie weist nach Ditzer die typischen Merkmale kleiner Inselwirtschaften, wie etwa eine hohe Abhängigkeit vom öffentlichen Sektor und wenig diversifizierte wirtschaftliche Aktivität, auf (Ditzer 1998:94).

Auch nach drei Jahrzehnten Laufzeit so genannter *Okinawa shinkô kaihatsu keikaku* (Okinawa Entwicklungsförderpläne) ist keine wirkliche Annäherung des Wirtschaftsniveaus Okinawas an das des japanischen Durchschnitts zu erkennen. Die Arbeitslosenrate in Okinawa liegt nach wie vor deutlich über, das Einkommensniveau deutlich unter dem nationalen Schnitt (*Okinawa sôgô jiumukyoku* 2002; Tomikawa und Momose 1999:38). Nachdem Gouverneur Ôta im Februar 1998 seine Zufrieden-

heit mit dem Ausgang des Nago-Referendums – der Ablehnung des von der Zentralregierung favorisierten Bauprojekts – öffentlich eingestand, reagierte die Zentralregierung erbost. Pläne für Subventionen lokaler *public works projects* in Milliardenhöhe wurden eingefroren (Mulgan 2000:170) und Ôta wurde in Tokyo endgültig zur *Persona non grata*. Die Methoden der Zentralregierung im Umgang mit Ôta während der folgenden Monate bis zur Gouverneurswahl in Okinawa im November 1998 glichen in den Worten Gages einer „get Ôta campaign“ (Gabe 2000:14). Tokyo versuchte zum einen, die Person und das politische Wirken Ôtas bloßzustellen, und unterstützte zum anderen die Kampagne seines Gegenkandidaten Inamine Kei'ichi, dessen Vater Inamine Ichirô Studienkollege des damals amtierenden Ministerpräsidenten Obuchi war, nach Kräften (*Okinawa Times Weekly Times*, 28.11.1998). Inamine warf Ôta eine „gubernatorial recession“ (Mulgan 2000:170) vor und versprach, im Falle seines Wahlsiegs die Beziehungen zur Zentralregierung deutlich zu verbessern, um v.a. die wirtschaftliche Konsolidierung der Präfektur zu sichern. Inamine gewann die Gouverneurswahl mit 52,1% der Wählerstimmen gegenüber 46,9%, die Ôta erringen konnte (*Okinawa Times*, 16.11.1998). Daraufhin nahm auch die Zentralregierung wieder Verhandlungen mit der – nun neu gewählten – Präfekturregierung auf. Bereits Ende des Jahres sagte Tokyo einen Sonderzuschuss für die Entwicklung der Präfektur für das kommende Fiskaljahr in Höhe von zehn Milliarden Yen zu (*Okinawa Times Weekly Times*, 19.12.1998). Der Richtungswechsel in der Präfekturregierung wurde begleitet von einem ideologischen Stimmungsumschwung innerhalb Okinawas. Die Anhänger Inamines, die Vertreter einer wirtschaftlichen Konsolidierung und politischen Annäherung an Tokyo, hatten die – wenn auch knappe – Übermacht gewonnen gegen die Anhänger Ôtas, die Vertreter einer Politik der kompromisslosen Konfrontation mit Tokyo, um des Erzwingens einer Lösung in der Stützpunktfraße willen.

Die Anhänger Inamines kamen dabei aus dem Lager derjenigen, die ab 1995 in Okinawa agierende soziale Bewegung noch nie unterstützt hatten, bzw. derjenigen, die sie in gemäßigtem Rahmen unterstützt hatten, jedoch keinen Sinn in ihrer Fortführung sahen, sollte sich dadurch die ökonomische Situation der Präfektur weiter verschlechtern. Die Anhänger Ôtas hingegen kamen aus dem radikaleren Sektor der Bewegung: Sie wollten weiter protestieren, auch als die Zentralregierung mit repressiven Maßnahmen die Bewegung und Ôta zu stoppen versuchte. Die Kommunikation und Interaktion zwischen diesen beiden Gruppen während des Wahlkampfes kam fortwährenden Grabenkämpfen gleich. Diese wurden umso erbitterter geführt, als die Gruppen nicht nur durch einen politischen Konflikt voneinander getrennt wurden, sondern auch von unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen über die Rolle Okinawas im japanischen Staat geprägt waren. So sah die Gruppe um Inamine Okinawas rechtmäßigen Platz als Teil Japans, die Gruppe um Ôta verwies hingegen auf die lange Leidensgeschichte, die Okinawa unter japanischer Vorherrschaft zu erdulden hatte und rief zu einer grundlegenden Reform des Verhältnisses zwischen Zentralstaat und Präfektur auf. Beide Positionen wurden von den jeweiligen Anhängern mit historischen

(Halb-)Wahrheiten zu belegen versucht und bildeten innerhalb der Mobilisierungsphase des Zyklus der sozialen Bewegung Okinawas als kollektive Identität der jeweiligen Akteure ein Kernelement der politischen Ausrichtung der beiden Lager (Vogt 2002:37-55).

3 Phase der Demobilisierung

Die Phase der Demobilisierung einer sozialen Bewegung beginnt mit der Erschöpfung des Aktionswillens ihrer Träger. Diese wird ebenso wie auch eine Polarisierung der Bewegung in moderatere und radikalere Akteure von einer umfassenden Desillusionierung der Akteure durch erste Misserfolge begünstigt. In dieser Situation kann es zur Zunahme von Gewalt in den Aktionen der sozialen Bewegung kommen. Auch eine Institutionalisierung der Bewegung, evtl. als Alternativentwurf zu bestehenden Regierungen, Organisationsstrukturen etc. ist denkbar. Die politischen Eliten, die ihre Position durch die soziale Bewegung angegriffen sehen, reagieren auf diese Gefahr meist mit einer Kombination von Mitteln, die als Unterstützung einzelner Elemente der Bewegung bzw. als Zugeständnisse an die Ziele dieser Gruppen, bei gleichzeitiger Unterdrückung anderer Gruppen innerhalb der Bewegung gelten können. Damit wird die Polarisierung der Bewegung zwischen den moderaten und radikalen Gruppen vorangetrieben und diese als ganze weiter demobilisiert (Tarrow 1998:147-150).

3.1 Erschöpfung und Polarisierung

Die soziale Bewegung Okinawas wurde durch den Wahlsieg Inamines 1998 merklich geschwächt. Die Polarisierung zwischen den beiden im obigen Abschnitt zu Kommunikation und Interaktion beschriebenen rivalisierenden Gruppen Okinawas konnte nicht überwunden, eine Einheit der Bewegung als Akteur gegenüber der Zentralregierung nicht mehr hergestellt werden. Zwischen den Anhängern Inamines und denen Ôtas geschah, was McAdam, Tarrow und Tilly (2001:322) „widening of political and social space between claimants in a contentious episode“ nennen. Im politischen wie sozialen Sinne hat sich der Abstand zwischen den beiden Gruppen seit 1998 stetig vergrößert. Euphorisiert von ersten Anfangserfolgen im Umgang mit der Zentralregierung, d.h. von zugesagten finanziellen Sonderzulagen für die Präfektur, verfocht die Gruppe um Inamine weiter konsequent ihre Politik der neuen Annäherung an Tokyo. Die Frustration, die sich u.a. darüber in der Anhängerschaft Ôtas verbreitete, führte bei ihnen zu „weariness and disillusionment“ (Tarrow 1998:147), den ersten Symptomen der Demobilisierung einer sozialen Bewegung. Auch eine Bestandsaufnahme der bisherigen Auswirkungen der Bewegung konnte die Frustration, die sich nach der Gouverneurswahl von 1998 unter den Kernakteuren der Protestbewegung Okinawas verbreitete, nicht abmildern. Ihr politisches Ziel, eine deutliche Reform der Aufteilung der Lasten, die sich aus der Stationierung von US-Soldaten in Japan ergeben, zwischen den Präfekturen, konnte nicht umgesetzt werden. Nirgendwo sonst offenbarte sich dieses Scheitern so deutlich wie in den für die Protestbewegung

enttäuschenden Ergebnissen der Arbeit des Special Action Committee on Okinawa (SACO). Bereits im November 1995, unmittelbar nach dem Aufflammen der Protestbewegung in Okinawa sowie nach Ôtas Ankündigung, die umstrittenen Pachtverträge zur Bereitstellung von Land für das US-Militär nicht mehr zu verlängern, setzten die nationalen Regierungen der USA und Japans ein bilaterales Gremium, das Special Action Committee on Okinawa, ein, dessen Ziel es sein sollte, die verteidigungspolitischen Lasten der Präfektur Okinawa zu reduzieren und gleichzeitig das bilaterale Sicherheitsbündnis zwischen den USA und Japan zu stärken. Der SACO-Zwischenbericht wurde am 15.04.1996 in Tokyo veröffentlicht. Seine inhaltlichen Eckpunkte waren die Rückgabe von Land, Revisionen am Prozedere von Training und Einsatz der Soldaten, Initiativen zur Reduzierung der Lärmbelastung sowie eine Reform des US-Japan Status of Forces Agreement (Ministry of Foreign Affairs 2001a).

Bereits drei Tage vor der Veröffentlichung hatten der japanische Ministerpräsident Hashimoto und der US-Botschafter in Japan, Mondale, die Auflösung des US-Militärstützpunktes Futenma angekündigt. Sie waren damit einer der zentralen Forderungen der lokalen Protestbewegung nachgekommen, was bei den Aktivisten die Hoffnung auf den Erfolg ihres Protestes weckte. Umso größer war die Ernüchterung nach der Veröffentlichung des SACO-Abschlussberichts, der kaum ein Zugeständnis ohne daran geknüpfte Bedingungen machte. So wurde z.B. die Rückgabe der Sobe Communication Site in Aussicht gestellt, falls eine gleichwertige Anlage in Camp Hansen fertig gestellt werden könne. Das US-Militär werde ferner den Hafen von Naha räumen, insofern es dafür Nutzungsrechte für das Hafengelände von Urasoe zugesprochen bekäme (Ministry of Foreign Affairs 2001b). Dieses Festhalten an Bedingungen für etwaige Landrückgaben erweckte bei den Aktivisten den Eindruck, dass keine tatsächliche Reduzierung der verteidigungspolitischen Lasten der Bevölkerung zu erwarten sei, sondern lediglich eine Umverteilung der Lasten von einer Region Okinawas in andere angestrebt werde. Am deutlichsten bestätigt wurde diese Annahme am Beispiel des Stützpunktes Futenma, dem ein eigener Abschlussbericht gewidmet war. Darin hieß es, dass der Stützpunkt tatsächlich aufgelöst werde, jedoch erst, sobald ein gleichwertiger Ersatz, bevorzugt in Form einer *sea-based facility* (SBF), angeschlossen an Kadena Air Base oder Camp Schwab, gebaut worden sein wird (Ministry of Foreign Affairs 2001c). Im weiteren Verlauf weitete sich dieses Vorhaben zum Bauprojekt des Heliports vor Nago aus, das von Gouverneur Inamine im November 1999 schließlich genehmigt wurde (*Okinawa Times*, 22.11.1999). Der Stützpunkt Futenma ist heute nach wie vor aktiv (United States Marine Corps 2003). Die Aktivisten der Protestbewegung Okinawas waren ob dieser geringen Erfolge ihrer Bemühungen desillusioniert. Es wurde deutlich, dass die Bewegung keine Möglichkeit hatte, Druck auf die in dieser nationalen Interdependenzstruktur politisch wie ökonomisch deutlich dominante Zentralregierung auszuüben. Polarisierung und Erschöpfung der Bewegungen gingen einher und läuteten deren Demobilisierung ein.

3.2 Gewalt und Institutionalisierung

Der zweite Schritt des Modells von Demobilisierung einer sozialen Bewegung nach Tarrow, Gewalt und Institutionalisierung innerhalb der Bewegung, d.h. Gewalt, ausgeübt von Akteuren der Bewegung z.B. gegen staatliche Macht, oder aber die Institutionalisierung der Bewegung z.B. in Form einer revolutionären (Exil-)Regierung, kann für das Fallbeispiel der Protestbewegung Okinawas nicht festgemacht werden. Auf eine Institutionalisierung der Ziele der Protestbewegung zielten nicht einmal deren leidenschaftlichsten Vertreter, etwa Gouverneur Ôta, ab. Ôta erkannte stets den Status Okinawas als japanische Präfektur an und versuchte nicht etwa die Unabhängigkeit der Inselpräfektur anzustreben. Er engagierte sich aber für eine stärkere Dezentralisierung des japanischen Nationalstaates, der den einzelnen Präfekturen mehr individuellen Handlungsspielraum zugestehen sollte. In diesem Sinne forcierte er z.B. auch die Gründung so genannter Kulturzentren, die in zahlreichen asiatischen Nachbarstaaten als de facto diplomatische Vertretungen Okinawas fungieren. Damit, so Ôta, solle keineswegs die Autorität der Zentralregierung als alleinigem außenpolitischen Vertreter des Staates angegriffen werden, sondern an die einige Jahrhunderte alte Tradition Okinawas als Handelsnation und Drehscheibe des kulturellen Austauschs in der Region angeknüpft werden (Ôta, 09.11.1999).

Ôta war es auch, der mit seinen steten Verweisen auf die glorreiche Vergangenheit der Inselkette, v.a. Okinawas Geschichte als – im Gegensatz zum militaristischen Japan – friedliebende Nation, den Charakter der Protestbewegung Okinawas in den späten 1990er-Jahren geprägt hat. Symbolisiert im Schlagwort vom *Okinawa no kokoro*, dem Herzen Okinawas (Ôta 1996b), verstand sich die Protestbewegung selbst als durch und durch pazifistisch. Dies spiegelte sich in den meisten Fällen im Handeln ihrer Akteure wider. Eine Ausnahme bildet Shôichi Chibana, der, seitdem er beim Amateursportfest von 1987 aus Protest gegen japanische Kriegsverbrechen sowie des Status Okinawas als Teil dieses japanischen Staates die *Hinomaru*-Flagge verbrannte (Arasaki 1996:134-136), als radikaler Stützpunktgegner bekannt ist. Am 01.04.1996, dem Tag, an dem die von Ôta noch nicht verlängerten Pachtverträge für Ländereien Okinawas ausgelaufen waren, versuchte Chibana, sich gewaltsam Zutritt zu dem Land seiner Vorfahren, inzwischen Teil der Sobe Communication Site, zu verschaffen. Regierungsbeamte hielten ihn zurück; Chibana wurde zur Zahlung von zwei Tagesstrafen zu je 1.352 Yen verurteilt (*Okinawa mondai henshû iinkai* 1996:105-106). Über die genannten zwei Episoden hinausgehende Versuche der Protestbewegung Okinawas, sich anhand der Instrumente Gewalt oder Institutionalisierung zu profilieren, sind keine bekannt. Diese Phase der Demobilisierung einer sozialen Bewegung hat in Okinawa kaum stattgefunden.

3.3 Zugeständnisse und Unterdrückung

Der letzte zu nennende Aspekt der Demobilisierungsphase soll dem Handeln der Regierung gegenüber sozialen Bewegungen gewidmet sein. Die meisten Regierungen haben, so Tarrow (1998:149-150), unlängst eingesehen, dass rein

repressive Maßnahmen gegenüber nichtstaatlichen Akteuren häufig zu Extremismus und gar Terrorismus führen. Eine neue Taktik des Handelns von Regierungen gegenüber sozialen Bewegungen sei mittlerweile zu erkennen: „By negotiation with some elements among spectrum contenders, governments encourage moderation and split off the moderates from their radical allies.“ (Tarrow 1998:149). Verhandlungen mit Einzelgruppen einer sozialen Bewegung anzustreben, kann den gemäßigten Charakter der Bewegung erhalten und gleichzeitig einen Bruch zwischen einem moderateren und einem radikaleren Flügel der Bewegung hervorrufen. Der japanischen Zentralregierung bzw. Hiromu Nonaka, dem Leiter des Okinawa-Entwicklungsamtes, gelang es tatsächlich, durch Signalisierung von Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Tokyo näher stehenden Gruppe der Protestbewegung, der Gruppe um Inamine, bei gleichzeitiger Demonstration des absoluten Widerstandes gegen die radikalere Gruppe, die um Ôta, einen Riss in die Bewegung zu bringen. Tokyo unterstützte Inamines Kandidatur bei der Gouverneurswahl 1998 nach Kräften, entsandte aber z.B. keine Kabinettsmitglieder oder hochrangige LDP-Politiker in die Region, um Inamine bei Wahlkampfauftritten zur Seite zu stehen. Man befürchtete einen Popularitätsschwund Inamines, sollte er im Schulterschluss mit Vertretern der in verteidigungspolitischen Hinsicht für einen Großteil der Menschen Okinawas immer noch als Feindbild fungierenden Zentralregierung gesehen werden (*Okinawa Times Weekly Times*, 31.10.1998). Ziel war, ihn als Mann der *kone paipu*, der guten Verbindungen zu Tokyo, zu präsentieren, der aber gleichzeitig in Okinawa verwurzelt ist und sich mit dem lokalen Kampf gegen die Stationierungspolitik identifiziert, nur eben vernünftiger, d.h. pragmatischer als sein Gegenkandidat Ôta. Dieser wurde, v.a. in den konservativen Medien des Landes, als undankbar und unfähig porträtiert. Die Zentralregierung weigerte sich schlichtweg, Abgesandte der Ôta-Administration zu Gesprächen in Tokyo zu empfangen (Gabe 2000:14).

Schließlich verkündete Tokyo nur wenige Tage vor der Gouverneurswahl, auf den Bau des umstrittenen Heliports verzichten zu wollen. Ôta verlor durch diese überraschende – und lediglich vorübergehende – Wendung in der politischen Linie der Zentralregierung einen seiner zentralen Wahlkampfinghalte (Johnson 1999:222). Diese Taktik Tokyos von Zugeständnissen bzw. Unterstützung auf der einen und Unterdrückung auf der anderen Seite erwies sich, wie bekannt, bei der Gouverneurswahl als erfolgreich. Die Zentralregierung hielt auch in den darauffolgenden Jahren an ihr fest. Viel wurde z.B. über die Auswahl Nagos auf Okinawa als Gastgeberstadt für den G-8-Gipfel im Juli 2000 spekuliert. Sowohl die Zentralregierung als auch Gouverneur Inamine bestritten stets vehement eine Verbindung zwischen dieser Auswahl und der Tatsache, dass Nago der zukünftige Standort des neu zu bauenden Heliports sein werde (Arasaki 2000:220 und Inamine 2000:10). Unter den Historikern und Politikwissenschaftlern Okinawas aber herrschte der Konsens, dass der G-8-Gipfel für Nago sozusagen das Zuckerbrot zur Peitsche, d.h. zum Heliport, sei (Arasaki 2000:220 und Gabe 17.02.2000, Interview). Auch McCormack und Yonetani teilen diese Ansicht, wenn sie schreiben, „[...] at the end of the three day blowout, Okinawa awoke exhausted and disheveled, in a

state resembling that of a woman who has sold herself for a price“ (McCormack und Yonetani 2000:3). Die moderatere Gruppe der Protestbewegung Okinawas, diejenigen, die Tokyo gewinnen konnte, für Inamine zu stimmen, ließen sich erneut auf das bereits Jahrzehnte währende Tauschgeschäft mit der Zentralregierung ein: Stillschweigende Zustimmung zur Stationierungspolitik wird aufgewogen mit finanziellen Zuwendungen. Die Akzeptanz des Heliports durch Inamine brachte der Präfektur u.a. den G-8-Gipfel und zahlreiche Bau- und Infrastrukturprojekte im Gegenzug ein. Doch auch die Gruppe um Ôta versuchte den G-8-Gipfel für ihre Ziele zu nutzen. Die dreitägige Anwesenheit der Weltpresse in Okinawa bot Anreiz genug, nochmals alle Kräfte der längst gespaltenen Bewegung zu mobilisieren, um Massenveranstaltungen gegen die Anwesenheit des US-Militärs zu initiieren. Die eindrucksvollste dieser Aktionen während der Gipfeltage war zweifellos die Menschenkette um den US-Militärstützpunkt Kadena. Mehr als 27.000 Menschen, darunter z.B. Ôta Masahide und Takazato Suzuyo, Sympathisanten von den japanischen Hauptinseln sowie Mitglieder der Bewegung Jubilee 2000 – angereist, um einen Schuldenerlass für arme Länder zu erstreiten –, versammelten sich am 20.07.2000 entlang des Zauns der Kadena Air Base, um gegen ein Fortdauern der US-Militärpräsenz in Okinawa zu demonstrieren (Hofmeister 2000:16 und *Okinawa Times*, 21.07.2000).

Die japanische Zentralregierung war während der Gipfeltage bemüht, die Berichterstattung über Proteste gegen das US-Militär zu begrenzen. So wurde z.B. „aus verkehrstechnischen Überlegungen“ (Hofmeister 2000:16) keine Erlaubnis gegeben, die Menschenkette um Kadena an einem der Gipfeltage abzuhalten. Die Aktion musste auf den Tag vor dem Gipfel verlegt werden, verlor damit an Brisanz und für die internationale Presse an Bedeutung. Auch kritisierten Journalisten, z.B. die Niederländerin Hester Van Nunen, ihre Zeit der Vorbereitung auf die Berichterstattung über den Gipfel, d.h. einige seminarähnliche Tage, in denen in Tokyo Gespräche mit Experten und Akademikern geführt wurden, als zu einseitig. Von den Menschen Okinawas wurde das Bild rebellischer Insulaner gezeichnet, die – ähnlich den angeblich durchwegs chaotischen Globalisierungsgegnern – lediglich zum Ziel hätten, den Ablauf des Gipfels zu stören. Organisierte Protestaktionen, wie etwa die Menschenkette, wurden in diesen Seminaren jedoch nicht erwähnt (*Ryûkyû Shimpo*, 21.07.2001). Der japanischen Zentralregierung gelang es ab 1998, durch den gezielten Einsatz einer Taktik von Unterdrückung und Zugeständnissen, einen Riss in der sozialen Bewegung Okinawas zu produzieren und zu kultivieren. Die radikale Gruppe um Ôta wurde dabei von der ihre politische und wirtschaftliche Dominanz ausspielenden Zentralregierung unterdrückt und ihr Ruf anhand von Medienkampagnen zum schlechteren hin manipuliert. Die moderate Gruppe um Inamine hingegen wurde protegiert und ihre Position in der Präfektur durch Bewilligung mannigfaltiger Förderprogramme gestärkt. Tokyo gelang in den letzten Jahren eine deutliche Demobilisierung der Protestbewegung Okinawas.

4 Transnationalisierung als Chance?

Nach dem G-8-Gipfel im Sommer 2000 trat diese Protestbewegung nicht mehr als eine geeinte Bewegung in Erscheinung, sondern agierte vielmehr aufgespalten in die einzelnen Untergruppen, aus denen sie im Herbst 1995 als Regenbogenkoalition entstanden war. Das große Ziel der gemeinsamen Bewegung, die Reform der Stationierungspolitik von US-Soldaten in Japan, wurde nunmehr als Illusion denn als realpolitische Option betrachtet. Soziale Bewegungen wie Okinawa Women Act Against War, Save the Dugong Foundation, One-Tsubo Anti-War Landowners etc. wandten sich, enttäuscht von der Wirkungslosigkeit ihres Agierens als Koalition, wieder den konkreten feministischen, ökologischen oder pazifistischen Zielen ihrer jeweiligen Unterstützerguppe zu. Die Phase der Demobilisierung der sozialen Bewegung Okinawas in den späten 1990er-Jahren schien komplett. Doch gerade diese Aufspaltung in die ursprünglichen Einzelgruppen des Protestes, die Rückbesinnung auf konkrete, kleinere und damit realistischer erscheinende Ziele der Akteure, brachte eine neue Chance für die Einzelbewegungen sowie damit auch für den Protest Okinawas im Großen mit sich. Die das Agieren sozialer Bewegungen stützende kollektive Identität der Akteure wandelte sich von der abstrakten Widerstandsidentität der großen Bewegung hin zu griffigeren Projektidentitäten der Einzelgruppen (Castells 1997:8-10).

Einige der aus diesem Prozess gestärkt hervorgehenden einzelnen sozialen Bewegungen Okinawas versuchen in den letzten Jahren gezielt, Allianzen zu sozialen Bewegungen mit ähnlichen Projektidentitäten aufzubauen. Dieses Vorhaben birgt die Möglichkeit in sich, das zyklische Auf und Ab sozialer Bewegungen zu durchbrechen (Tarrow 1998:175). Insbesondere transnationalen Allianzen scheint diese Macht zu eigen zu sein. Es obliegt ihnen z.B., Elemente der ideologischen Ausrichtung von sozialen Bewegungen zu beeinflussen oder diese auch ganz pragmatisch mit finanziellen Zuwendungen zu unterstützen. Damit prägen sie nicht nur die soziale Bewegung an sich, sondern auch die Reaktionen der jeweiligen Regierung auf derlei neue Umstände, sowie schließlich evtl. die nationale *political opportunity structure*, z.B. die politischen, ökonomischen wie juristischen Strukturen, die die Handlungsfähigkeit von sozialen Bewegungen bestimmen (Tarrow 1998:176-195). Keck und Sikkink (1998:12-13) nennen dieses Modell der Determination von sozialen Bewegungen durch ihre transnationalen Allianzen „Boomerang Pattern“. Insbesondere soziale Bewegungen in dominanten Zentralstaaten profitierten von transnationalen Allianzen, da diese ihnen ermöglichten, über ihre Partnerbewegung im Ausland direkt bzw. über die Regierung dieses Landes, das den Zielen der Bewegungen evtl. aufgeschlossen gegenüber steht, oder aber auch über internationale Organisationen Druck auf die Regierung zu Hause auszuüben, sich responsiv und kompromissbereit gegenüber den Anliegen der Bewegung zu zeigen. Manche der sozialen Bewegungen Okinawas gehen derzeit genau diesen Weg der Transnationalisierung. Durch Solidarisierungen mit sozialen Bewegungen im Ausland, deren Projekt-

identitäten und politischen Ziele kompatibel erscheinen, wird versucht, ein Netzwerk an Aktivisten zu knüpfen, dessen Forderungen als global relevantes Sujet Beachtung finden.

Zu den Aktivisten Okinawas mit der relativ längsten Geschichte transnationaler Kontakte zählt die Frauenbewegung. Die Gruppe um Suzuyo Takazato z.B. brach bereits 1996 und 1998 zu je mehrwöchigen Okinawa Women's America Peace Caravans auf, um in verschiedenen Städten der USA Workshops mit lokalen Frauen abzuhalten, die sich für den Schutz von Frauen und Kindern vor militärischer Gewalt engagierten (Bowen-Francis 1999:191-196 und Takazato 10.11.1999). Die Frauenbewegungen Okinawas intensivierten seither ihr Bemühen um transnationale Allianzen und erweiterten ihren Aktionsradius, indem sie militärische Gewalt gegen Frauen als eine Form der Menschenrechtsverletzung anprangern (Hein und Selden 2003:25). Einer der aktivsten Bewegungen Okinawas aus dem Sektor des Umweltschutzes, der Bewegung zum Schutz der Dugong, der Seekühe vor der Küste Henokos, gelang es in den letzten Jahren, Allianzen zu gleichgesinnten Bewegungen in Okinawa, in anderen japanischen Präfekturen sowie in Australien zu knüpfen (*Save the Dugong Foundation* 2003). Die pazifistischen Landbesitzer Okinawas solidarisierten sich z.B. mit den Anti-Militärbewegungen in Panama und Puerto Rico, die sich dort ebenfalls für einen Abzug des US-Militärs einsetzen (Donoghue 18.12.2002; Hein und Selden 2003:24). Transnationale Allianzen zu Bewegungen in den asiatischen Nachbarländern, v.a. in Korea, zu schmieden, gelang insbesondere den pazifistischen Bewegungen Okinawas, die sich kritisch mit der japanischen Kriegsvergangenheit auseinandersetzen. Diese engagieren sich z.B. dafür, dass Berichte über japanische Kriegsverbrechen in Form von Zusatzkapiteln in den Schulbüchern Okinawas sowie in den Ausstellungen der lokalen Museen präsent sind (Hein und Selden 2003:16 und Yonetani 2000:1-5). Die bislang größten Erfolge bei der Transnationalisierung ihres Anliegens hatten jedoch die Künstler, insbesondere die Filmemacher und Musiker Okinawas, die zwar keine formale soziale Bewegung bilden, deren Engagement als politisch motivierte nichtstaatliche Akteure dennoch aber von großer Brisanz ist. Die in diesem Sinne zentrale Figur unter ihnen ist zweifellos der seit Jahrzehnten als Stützpunktgegner bekannte Sänger Kina Shōkichi. Seine White Ship Tour 1998 führte ihn zum Zeichen der Solidarisierung zwischen den Kulturen von Minderheiten in dominanten Staaten u.a. in zahlreiche Indianerreservate der USA, z.B. in das der Onondaga Iroquois Nation (Hein und Selden 2003:27). Jüngst, kurz vor Beginn des Irakkrieges, trat er eine Reise in den Irak an, um sich dort in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen für ein friedliches Beilegen des Konflikts zu engagieren (Kina 2003). Damit reihte er sich ein in die Liste von Künstlern, u.a. Sean Penn und Konstantin Wecker, die Anfang 2003 in einem Akt des Werbens um ein transnationales Friedensverständnis den Irak besuchten.

Das transnationale Agieren der Feministinnen, Umweltschützer und Friedensaktivisten Okinawas mutet derzeit noch recht episodenhaft an. Bislang ist es den Aktivisten nicht gelungen, ihren jeweiligen Anliegen in Form von stabilen, dauerhaften und im Sinne der sichtbaren Po-

sitionierung in den Medien bzw. auf der Agenda verschiedener Lobbyistengruppen einflussreichen transnationalen Allianzen Gehör zu verschaffen. Den existierenden Allianzen, größtenteils vorübergehenden Ad-hoc-Koalitionen einzelner Bewegungen, ist es in ihrer schwachen Stellung nicht möglich, gezielten Druck auf die nationale Regierung Japans, die Stützpunktfrage abermals zu überdenken, auszuüben, bzw. einen solchen Druck von Seiten internationaler Organisationen zu provozieren. Solange sich die politische Qualität dieser Allianzen nicht signifikant stärkt, werden die transnationalen Bemühungen der sozialen Bewegungen Okinawas den Kurs der Demobilisierung der jüngsten Protestbewegung lediglich zu bremsen, wohl aber nicht aufzuhalten bzw. gar umzukehren vermögen. Die sozialen Bewegungen Okinawas stehen in diesem Sinne derzeit an einem bedeutenden Punkt ihrer Existenz. Die nächsten Monate können entscheiden, ob sie eine merkliche Revitalisierung oder aber den fortgeführten graduellen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit erleben werden.

Literaturverzeichnis:

- Arasaki, Moriteru (1996), *Okinawa gendaishi* [Okinawas Geschichte der Gegenwart], Tokyo: Iwanami
- Arasaki, Moriteru (2000), *Okinawa no sugao, Profile of Okinawa: 100 Questions and Answers, Waeiryōbun 100 Q&A*, Tokyo: Techno Marketing Center
- Asahi Shinbun* 22.12.1997, „Kaiji kichi hantai ga 53%“ [53% stimmen gegen den Heliport], S.1
- Bowen Francis, Carolyn (1999), „Women and Military Violence“, in: Chalmers Johnson (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*, Cardiff: Japan Policy Research Institute, S.189-203
- Castells, Manuel (1997), *The Power of Identity*, Malden und Oxford: Blackwell Publishers
- Dalton, Russel J., Manfred Kuechler und Wilhelm Bürklin (1990), „The Challenge of New Movements“, in: Russel J. Dalton und Manfred Kuechler, *Challenging the Political Order, New Social and Political Movements in Western Democracies*, New York: Oxford University Press, S.3-20
- Ditzer, Roman (1998), *Der Instrumenteneinsatz in der japanischen Regionalpolitik mit einer Fallstudie zur Präfektur Okinawa*, Marburg: Tectum Verlag
- Donoghue, Michael, Interview, 18.12.2002
- Gabe, Masaaki (2000), „Okinawa Summit No Solution To U.S. Military Base Issues“, in: *Japan Quarterly*, Vol.47, No.1, S.10-16
- Gabe, Masaaki, Interview, 17.02.2000
- Groth, David Earl (1996), „Media and Political Protest: The Bullet Train Movements“, in: Susan Pharr und Ellis Krauss (Hrsg.): *Media and Politics in Japan*, Honolulu: University of Hawaii Press, S.213-241

- Hein, Laura und Mark Selden (2003), „Culture, Power, and Identity in Contemporary Okinawa“, in: Laura Hein und Mark Selden (Hrsg.): *Islands of Discontent. Okinawan Responses to Japanese and American Power*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers
- Hofmeister, Sigrid, „Okinawas Rolle im Amerikanisch-Japanischen Sicherheitsvertrag und der G8-Gipfel 2000 in Japan. Ursachen – Wirkungen – Rückwirkungen“, in: *Minikomi, Informationen des Akademischen Arbeitskreises Japan*, Nr.3/2000, S.13-17
- Hook, Glenn D. und Gavan McCormack (2001), *Japan's Contested Constitution, Documents and Analysis*, London/New York: Routledge
- Inamine, Kei'ichi, „Okinawa as Pacific Crossroads“, in: *Japan Quarterly*, Vol.47, No.3 (2000), S.10-16
- Johnson, Chalmers (1999), „The Heliport, Nago, and the End of the Ota Era“, in: Chalmers Johnson (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*, Cardiff: Japan Policy Research Institute, S.215-232
- Keck, Margaret E. und Kathryn Sikkink (1998), *Activists Beyond Borders, Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca und London: Cornell University Press
- Kina, Shōkichi (2003), *Shōkichi Kina & Champloose Official Site*, www.champloose.co.jp
- Mainichi Shinbun*, „Kichi shukushō sansei 9 wari kosu“ [Zustimmung zur Reduzierung der Stützpunkte übersteigt 90%], 09.09.1996, S.1
- McAdam, Doug, Sidney Tarrow und Charles Tilly (2001), *Dynamics of Contention*, New York: Cambridge University Press
- McCormack, Gavan und Julia Yonetani (2000), „The Okinawa Summit Seen from Below“, in: *Japan Policy Research Institute*, Working Paper No.71 (2000), S.1-4
- Ministry of Foreign Affairs (2001a), *The Japan-U.S. Special Action Committee (SACO) Interim Report (15.04.1996)*, www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/seco.html
- Ministry of Foreign Affairs (2001b), *The SACO Final Report (02.12.1996)*, www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/96saco1.html
- Ministry of Foreign Affairs (2001c), *The SACO Final Report on Futenma Air Station (an integral part of the SACO Final Report)*, www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/96saco2.html
- Mulgan, Aurelia George (2000), „Managing the US Base Issue in Okinawa: A Test for Japanese Democracy“, in: *Japanese Studies*, Vol. 0, No.2 (2000), S.159-177
- New York Times* 26.01.1996, „Sekai no heiwa wo negau hitobito ni Nihon no josei ha uttaemasu, The Women of Japan Appeal to The Peace-Loving People of The World“, S.A11
- Okinawa mondai henshū iinkai (1996), *Okinawa beigun yōchi kyōsei shiyō NO! Dairi shōmei kyōhi* [Nein zur erzwungenen Landnutzung durch das US-Militär auf Okinawa. Verweigerung der vertretenden Unterschrift], Tokyo: Okinawa Times Sha
- Okinawa sōgō jimukyoku (2002), *Statistics on Okinawa*, www.ogb.go.jp
- Okinawa Times* 16.11.1998, „Okinawa kenchiji-senkyō, kaihō sokuhō“ [Gouverneurswahl in Okinawa, neueste Nachrichten zur Auszählung], www.okinawatimes.co.jp/spe/19981116.html
- Okinawa Times* 22.11.1999, „Futenma hikōjo, Henoko chisaki ni isetsu. Chiji kyō hyōmei“ [Aussage des Gouverneurs heute: Der Flugplatz Futenma wird in die Region Henoko verlegt.], www.okinawatimes.co.jp/day/199911221300.html
- Okinawa Times* 21.07.2000, „Hands around Kadena, Protest sends message to the G8“, www.okinawatimes.co.jp/summit/english/2000/20000721_1.html
- Okinawa Times Weekly Times* 31.10.1998, „Governor's election campaign kicks off“, www.okinawatimes.co.jp/eng/19981031.html
- Okinawa Times Weekly Times* 28.11.1998, „Inamine sees Obuchi for first meeting“, www.okinawatimes.co.jp/eng/19981128.html
- Okinawa Times Weekly Times* 19.12.1998, „Inamine cements relations with Tokyo“, www.okinawatimes.co.jp/eng/19981219.html
- Ôta, Masahide (1996a), *Okinawa ha shuchō suru* [Okinawa äußert sich], Tōkyō: Iwanami
- Ôta, Masahide (1996b), *Okinawa no kokoro* [Das Herz Okinawas], Tōkyō: Iwanami
- Ôta, Masahide (1999), „Governor Ota at the Supreme Court of Japan“, in: Chalmers Johnson (Hrsg.): *Okinawa: Cold War Island*, Cardiff: Japan Policy Research Institute, S.205-214
- Ôta, Masahide, Interview, 09.11.1999
- Ryūkyū Shimpō* 21.07.2000, „Over 27,000 encircle US air base“, <http://www.ryukyushimpo.co.jp/english/enews/e000721.html>
- Save the Dugong Foundation (2003), *Save the Dugong Foundation*, <http://www.yanbaru.ne.jp/dugong>
- Süddeutsche Zeitung* 23.10.1995, „Für den Abzug der US-Truppen Massendemonstrationen in Japan. Bisher größte antiamerikanische Kundgebung in Okinawa“, S.10
- Takazato, Suzuyo, Interview, 10.11.1999
- Tarrow, Sidney (1998), *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*, New York: Cambridge University Press
- Tomikawa, Moritake und Momose Shigeo (1999), *Okinawa keizai, sangyō jiritsuka he no michi* [Wirtschaft und Industrie in Okinawa. Wege in die Selbstständigkeit], Tokyo: Hakutō Shobō
- United States Department of Defense (1995), *DoD News Briefing, Dr. Joseph Nye, ASD for International Security Affairs*, www.defenselink.mil/news/Nov1995/t110695_t.html
- United States Marine Corps (2003), *MCAS Futenma, Okinawa, Japan*, <http://www.futenma.usmc.mil>

- Vogt, Gabriele (2001), „Alle Macht dem Volk? Das direkt-demokratische Instrument als Chance für das politische System Japans“, in: *Japanstudien, Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*, Band 13, München: Iudicium, S.319-342
- Vogt, Gabriele (2002), „Kulturelle Identität der Region als Träger politischer Opposition im Staat: Zur Rolle Okinawas in Japan (1995-2000)“, in: *ASIEN, Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, Nr.83, S.37-55
- Vogt, Gabriele (2003), *Die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa, Innen- und außenpolitische Dimensionen 1995-2000*, München: Iudicium
- Yonetani, Julia (2000), „Peace Wars: The Politics of Presenting the Past in Contemporary Okinawa“, in: *Japan Policy Research Institute*, Working Paper No.65, S.1-5

* Die Arbeit wurde mit Unterstützung eines Stipendiums im Rahmen des Postdoc-Programms des DAAD ermöglicht.